

— Sechszehnter Jahrgang. —

Nr. 52.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 20. bis 26. Dezember 1907.

Posen, den 31. Dezember 1907.

Aus den Blättern der Provinz Posen.Aus Nr. 294 des Postep (Posen)
vom 22. Dezember 1907:**Betrifft die polnische Landtagsfraktion.**

In den deutschen Zeitungen zirkulieren dumpfe Gerüchte über Zwistigkeiten im Schoße der polnischen Landtagsfraktion. Man bringt die Sache mit der Mandatsniederlegung des Abgeordneten Korfanty in Zusammenhang. Bei der ersten Lesung der Enteignungsvorlage soll der Abgeordnete Korfanty die Absicht gehabt haben, die preussische Regierung aufs Schärfste zu bekämpfen. Als die polnische Fraktion ihm dies verwehrt, drohte Korfanty mit dem Austritt aus der Fraktion, und man sagte ihm, er solle machen, was er wolle. Unbekannt ist, was daran Wahres ist; das steht aber fest, daß in den Abgeordnetenkreisen bedeutende Meinungsverschiedenheiten bestehen, da nicht alle zu allem mit dem Kopfe nicken, und so sollte es auch sein. Angesichts der gespannten Situation werden wir uns nicht weiter darüber auslassen.

Aus Nr. 291 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 19. Dezember 1907:**Das Pressegesetz — ein Ausnahmengesetz gegen die Polen?**

Wir erfahren von angesehener deutscher Seite, daß das neue Projekt des Vereinsgesetzes (offenbar ein Druckfehler — soll heißen „Pressegesetzes“. Redaktion des Gesamtüberblickes.) Ausnahmenvorschriften gegen die Polen enthalten soll, und zwar die Pflicht, den Text auch in deutscher Sprache (??) zu bieten, sowie die Pflicht, den Text einer besonderen Zensur vorzulegen (??). Wir geben diese Nachricht aus journalistischer Pflicht wieder, uns fürs erste jeder Auslassung enthaltend. Wir erinnern nur daran, daß die Gesetzgebung auf dem Gebiet des Presserechts dem Reiche, nicht Preußen zusteht.

Aus Nr. 291 des Postep (Posen)
vom 19. Dezember 1907:

Im Anschluß an seinen kurzen Bericht über die am 15. dieses Monats in Samter abgehaltene Volksversammlung schreibt der Postep in einer Korrespondenz vom gleichen Tage:

..... Der Saal leerte sich. Wegen des Regens wetters eilt alles nach Hause. Ich näherte mich einem Häuflein und höre gerade, wie der Eine zu seinen Genossen sagt: „Es wurde mir wohl ums Herz, als unser „Maciek“ (gemeint ist der Abgeordnete Graf Matthias Mielzynski aus Köbnitz, der in der Versammlung als Redner aufgetreten war. Red. d. Ges.-überbl.) dieses Weihnachtsheiligenabends erwähnt hat. Es stand mir vor Augen dieser unser polnische, durch nichts verwischbare, stets neue und dennoch so alte Heiligabendbrauch. Es fielen mir die Kinderjahre ein, als meine Mutter mich auf dem Schoße hielt, das Gesinde um den Tisch herumtrat und mein altes Väterchen, die Oblate brechend, eines anderen heiligen Abends Erwähnung tat, als er im denkwürdigen Jahre 30/31, wie so viele Andere mit der Sense in der Hand die heimische Scholle verteidigend, im Lager den heiligen Abend abhielt beim Rauschen der Bäume unserer Wälder und beim Klange der Sengen und Kugeln, welcher die Weihnachtsgesänge begleitete. Und es schien mir, als seien wir alle diese Aufständischen und unser Redner dieser polnische Priester, von dem mir der Vater erzählte, — dieser polnische Priester, der auf nichts achtend in den Wald kommt, um seine Schäflein zu besuchen und, ihnen ein glückliches Neujahr wünschend, mit ihnen die Oblate bricht. Die Augen verdunkelten sich mir, und als ich die Tränen abwischte, trat vor mich ein anderes Bild. Und ich sah, wie Gendarmen kommen und mich aus meiner Hütte hinauswerfen nebst meinen Kindern, und hinter mir her werfen sie einen Beutel Gold. Am Kamin nimmt eine andere Familie Platz, fremd in Sprache und Brauch. Der Christbaum flammt von Lichtern, und ein fremder Liederklang tönt mir in den Ohren. Ich verstehe nichts davon, aber die Worte „Friede, Friede“ habe ich mir gemerkt. Welche Ironie! Diejenigen, welche mir „Friede“ zurufen, diejenigen, welche die Grundsätze des christlichen Glaubens bekennen, welche überall Nächstenliebe und Liebe zu Gott verkünden, wie „Maciek“ (Graf Mielzynski) gesagt hat, dieselben Leute entreißen mir meine Hütte und treiben mich mit meinen Kindern in die weite Welt, meinend, daß sie mir mittelst Goldes mein Land, meine heimatliche Hütte zu bezahlen imstande seien. Vielleicht läßt sich der oder jener bestechen, was wir auch oft sehen; aber alle irren sich, welche dasselbe auch von unserem polnischen Bauer meinen. Mein Vater ließ mich, als er starb, schwören, daß ich diese unsere Hütte bis zum letzten Atemzuge verteidigen werde, und wenn es dazu kommen werde, so wie er mit der Sense in der Hand. Nicht eine Handbreit Boden verlorengehen machen sei mir gestattet, sondern ich

solle ihn mehren. Ich habe bisher meinen Eid gehalten, und wenn ein fremder Fuß die Schwelle meiner Hütte überschreiten wird, so erst über meine und meiner 12 Söhne Leichen. Blicke nicht so schwarz in die Zukunft, so sagt ein Zweiter. Gott sorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen — so sagt das Sprichwort. Empfehlen wir uns Gott und der Jungfrau von Czestochau, so werden wir auch diese Stürme siegreich aushalten. Hat doch Mielzynski gesagt, in Gott sei unsere Hoffnung, — und in uns selbst, so setzt ein Dritter hinzu.

Ja, ja, in uns selbst! so hat der Redakteur Teska (Ein zweiter Redner in der Versammlung. Red. d. Ges.-Abt.) gesagt. Obgleich sie uns enteignen, so werden wir alle Arbeiter sein. Tragen wir das verdiente Geld nicht zum jerusalemischen Adel, noch zu den Lutheranern! Von ihnen opfert keiner etwas für eine Messe oder für die Kirche oder für einen anderen polnisch-katholischen Zweck, obgleich sie nur an dem polnisch-katholischen Volke sich bereichern haben und von ihm leben. Halten wir alle zusammen, unterstützen wir unseren Handel und unser Gewerbe; halten wir den Eid, den wir dem Herrn Teska nachgesprochen haben, daß weder wir, noch unsere Frauen und Kinder etwas von den Juden und von den Lutheranern kaufen werden, so werden wir trotz allem leben und gerade allen zum Tode, obgleich wir ohne Land hier bleiben. Das gebe der Herrgott! so setzt ein anderer hinzu. Aber auch der Dritte (Redner in der Versammlung, Redakteur Milski. Red. d. Ges.-Abt.) hat ziemlich hübsch gesprochen, und obgleich wir weinen, nicht lachen sollten, so habe ich während der ganzen Rede des Herrn Milski lachen müssen. Denn hat er nicht recht, daß Bismarck die große Trompete ist, die uns Polen aus der Lethargie geweckt hat, und daß die, die zu ihm nach Friedrichsruh gepilgert sind und noch Pilgerfahrten veranstalten, um an seinem Grabe Kraft zu noch größerer Bosheit gegen alles Polnische zu schöpfen, diese weitere Posaune sind, welche uns immer mehr anposaunt, damit wir nicht einschlafen? Als es diese Trompete und diese Posaune noch nicht gab, da hatten wir solche „liegenden Barthels“ (Figur aus einer Sienkiewicz'schen Erzählung. Red. d. Ges.-Abt.), von denen unsere Schriftsteller schreiben, daß sie für das deutsche „Vaterland“ hinter dem Teufel hergingen in die Hölle. Heute haben wir ihrer nicht mehr so viele, und das dank jener Trompeten und Posaunen, die sie uns ewig durch ihre Kanzler und Minister blasen, daß wir angeblich auf unserem Boden wohnen und bauen können, auch sprechen können, wie uns der Schnabel gewachsen ist; dennoch aber blasen diese Trompeten weiter, daß uns weder das eine noch das andere gestattet sein darf; denn dieses „Vaterland“, welches so viele Barthels so wacker verteidigt haben und hinter dem her sie in die Hölle gehen wollten, würden untergehen, denn diese polnischen Kaninchen vermehren sich zu sehr und sie würden zuletzt mit ihren Zähnen das „Vaterland“ zernagen; denn jene denken, diese Kaninchen könnten ihnen das heimzahlen, was sie einst mit uns gemacht haben. Wirklich gut genug haben unsere Redner sich hervorgetan, fügt ein anderer hinzu; aber warum hat unser Abgeordneter (Mielzynski) den Abgeordneten (Gemeint ist v. Dziembowski. Red. d. Ges.-Abt.) verteidigt, von dem die Zeitungen schrieben, er habe dort in Berlin gefaselt? Was für ein Ruhm ist das (für uns), daß wir den Herren nicht folgten, die uns ihn (Dziembowski) hier als Abgeordneten geben wollten, sondern daß wir bei unserem „Maciek“ geblieben sind! Er wird uns solche Schande

nicht machen. Du verstehst das nicht! antwortet der erste. Dieses Auftreten Macieks ist ein Beweis für seine edle Gesinnung. Niemand würde es ihm übel nehmen, wenn er heut diesen Abgeordneten verdammt, wie so viele andere. Er verteidigt ihn noch, obwohl er weiß, daß er sein Gegenkandidat gewesen ist; denn im Grunde des Herzens verurteilt unser Maciek dieses Auftreten ebenso, wie andere es verdammen. Was ich noch sagen wollte, — in der heutigen Versammlung war nicht ein einziger Edelmann anwesend, auch kein Geistlicher aus der Umgegend. Unser wackerer Geistlicher Puzek ist gekommen, obgleich erst nach dem Begräbnis. Der Adel fürchtet unseren Maciek, denn er spuckt ihm gut in die Grube. Aber jetzt müssen wir uns schon trennen. Die ganze Natur ist trübe. Es regnet, als weinte der Himmel mit uns über unser Geschick. Hoffen wir aber auf Gott, wie unsere Redner gesagt haben. Wie auf den Winter des Frühling folgt, so wird auch in den Tagen des Schmerzes und der Leiden, des Regenwetters und des unfreundlichen Wetters für uns die Sonne zu scheinen anfangen. Das gebe Gott! antwortete das Häuflein, und der Regen hörte auf, als bestätigte er die Worte des Greises.

Aus Nr. 293 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 21. November 1907:

Enteignung und Schulverein.

In demselben Augenblick, in welchem über unseren Häuptern die drohende Enteignung vom Boden, dieser wenn auch nicht ausschließlichen, so doch hauptsächlichsten Grundlage der nationalen Existenz schwebt, trifft unsre Brüder unter russischer Herrschaft ein schmerzlicher Schlag, die Schließung eines neu ins Leben gerufenen Instituts, welches den überall, besonders unter den dortigen Verhältnissen unerläßlichen Zweck hat, die Bildung zu stärken. Es drängt sich angesichts dessen von selbst die Frage auf, ob zwischen diesen beiden, der Zeit nach gleichen, wenn auch hinsichtlich der Bedeutung ungleichen Erscheinungen der Repression nicht nur ein ideeller, sondern auch ein unmittelbar ursächlicher Zusammenhang besteht. Manche Tatsachen scheinen für diese Vermutung zu sprechen, welche auch schon in manchen Organen unserer Presse Ausdruck gefunden hat.

Vor allem unterliegt es also nicht dem mindesten Zweifel, daß die maßgebenden Berliner Kreise mit steigendem Mißvergnügen und mit Furcht die an Kräften zunehmende nationale Bewegung jenseits der Grenze verfolgen. Auch kann man annehmen, daß die deutsche Diplomatie in Petersburg keine Mühe scheut, um wenigstens unmittelbar hinter den Kulissen allen Zugeständnissen der russischen Regierung zugunsten der polnischen Bevölkerung entgegenzuwirken.

Ungeachtet dessen scheint wenigstens der unmittelbare deutsche Einfluß bei der Schließung des polnischen Schulvereins ausgeschlossen zu sein. Das Bestehen des Schulvereins hing fast vom ersten Moment seines Entstehens ab an einem Härchen, und es konnte — sagen wir es offen — unter den gegebenen Verhältnissen nicht anders sein.

Es war nämlich schwer anzunehmen, daß in einem Institut, welches einige Tausende von Personen umfaßt, dabei in so stürmischen Zeiten, in einer so fieberhaften Atmosphäre sich nicht Individuen finden würden, welche durch unbedachtes Auftreten der russischen Bureaucratie den Vorwand zur Anwendung von Repressivmaßregeln gäben.

Jrgendwelchen Ausporns fremderseits bedurfte die russische Bureaukratie gar nicht. Die energischste Unterdrückung aller, sogar der unschuldigsten Befundungen des nationalen Lebens im Königreich Polen erheischt doch ihr Interesse, ebenso wie dieses Interesse der Verjöhnung der Polen mit der russischen Staatsidee zuwiderläuft. Heute ist die Bureaukratie im Königreich Polen die Selbstherrscherin der Lage; sie regiert willkürlich in dem „empörten“ oder „empörerischen“ Lande, sie erhält Orden und Avancements für den Eifer, abgesehen von den sehr bedeutenden Zulagen zum Gehalt für die Dienstleistung in den Grenzmarken. Die goldenen Zeiten würden natürlich enden mit der Änderung der bisherigen Verhältnisse und des bisherigen Systems, mit dem Moment, in welchem die russische Regierung aufhören würde, an die Fiktion zu glauben, die von den in den Grenzmarken wirkenden Beamten geschickt aufrecht erhalten wird, an die Fiktion nämlich, daß die Bevölkerung des Königreichs Polen sich mit staatsfeindlichen Bestrebungen trage.

In der Furcht um die eigene Haut verfolgt man daher eifrig alles, was diese Aktion aufrechterhalten könnte, und aus diesem Grunde war ein Gegenstand besonderer Wachsamkeit des Beamtentums der Schulverein, als das Institut, welches die hervorragendsten und edelsten Kräfte der polnischen Gesellschaft in sich vereinigte. Schon vor einem halben Jahre, also noch ehe das preußische Enteignungsprojekt konkrete Gestalt angenommen hatte, war die Kanzlei des Warschauer Generalgouverneurs mit Berichten einzelner Gouverneure über eine gegen die russische Sprache gerichtete Agitation angefüllt, die angeblich hier und da von den Lehrern und anderen Mitgliedern des Schulvereins betrieben werde.

Diese unbedachte Handlungsweise von Einzelnen reichte naturgemäß nicht hin zu einem, sei es, wie es wolle, so riskanten Schritte, wie die Schließung eines Instituts, das sich der Anerkennung und Unterstützung der ganzen Gesellschaft erfreute. Es verstärkte jedoch den Argwohn der Behörde, und die mit solchem Geschrei inszenierte letzte Generalversammlung bot der Behörde schließlich den Vorwand zum Schließen des verhassten Instituts.

Die Schließung des Schulvereins ist für die Bevölkerung des Königreichs Polen ein überaus schwerer und schmerzlicher Schlag. Hinsichtlich moralischer und materieller Bedeutung jedoch kommt dieser Akt von Willkür des russischen Beamtentums nicht zu einem Teile dem preußischen Enteignungsprojekt gleich. Zunächst ist dieser Akt vollzogen worden unter der Herrschaft des Kriegszustandes, sodann ist die Schließung nur eine zeitweilige, endlich bestand, wenngleich kein wahrer Grund, so doch ein Scheingrund, der diese Repression erklärte. Von einem solchen Scheingrund ist auch nicht einmal eine Spur bei dem preußischen Enteignungsprojekt festzustellen; denn daran glauben doch selbst die Väter des dem preußischen Landtage unterbreiteten Gesetzes nicht, daß die polnische Bevölkerung des Großherzogtums Posen und Westpreußen sich mit dem Gedanken trage, sich vom preußischen Staate loszureißen.

Abgesehen davon erfolgte die Schließung des Schulvereins in dem klassischen Lande der Autokratie und Willkür; uns aber droht die zwangsweise Enteignung vom Boden unsrer Väter in einem Rechtsstaat, in einem Verfassungsstaat, in dem Staate „der Gottesfurcht und guten Sitten“.

Und endlich die Folgen! Die heute geschlossenen Schulen des polnischen Schulvereins werden wahrscheinlich morgen nach Aufhebung des Kriegszustandes wieder geöffnet werden, vielleicht auch eher. Wenn aber, woran wir ungeachtet alles Geschehenen noch

nicht glauben können und nicht glauben wollen, die Enteignung tatsächlich zu wirken beginnen wird, so wird mit jeder Handbreit des uns entriffenen Bodens auf Nimmerwiederkehr ein sehr wichtiger Posten unsrer nationalen Sache und Verteidigung verloren gehen.

Nein, gegenüber der projektierten Enteignung ist die Schließung des Schulvereins im Königreich Polen ein relativ sehr unschuldiges Repressivmittel!

Aus Nr. 293 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 21. Dezember 1907:

In Sachen der Pleite Friedländers,

der bekanntlich plötzlich verstorben ist, sendet uns die Ansiedlungskommission das nachstehende Schreiben:

„Posen, den 17. Dezember 1907.

Auf Grund des § 11 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 ersuche ich die Redaktion, nachstehende Berichtigung in der nächsten Nummer in deutscher Sprache abzudrucken:

„Die in der Nr. 286 des Goniec Wielkopolski unter der Überschrift „Große deutsche Pleite“ enthaltenen Mitteilungen über den Tod des Kaufmanns Friedländer in Bromberg sind, soweit sie die königliche Ansiedlungskommission betreffen, unrichtig. Insbesondere ist es unwahr, daß Friedländer Generalagent oder Agent der Ansiedlungskommission gewesen ist. Die Ansiedlungskommission hat durch Vermittlung des Kaufmanns Friedländer niemals ein Gut erworben.

Der Präsident

Blomeyer.“

Aus Obigem geht hervor, daß Friedländer nicht direkt Geschäfte mit der Ansiedlungskommission gemacht hat, obgleich die Zeitungen i. Z. davon berichteten. Dagegen ist nicht ausgeschlossen, daß Friedländer mittelbar für die Ansiedlung „gearbeitet“ hat, vielleicht als Agent anderer Vermittler.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 583 des Stowo Polskie (Lemberg)
vom 14. Dezember 1907:

Die Enteignung in der neuen Form.

Die umgearbeitete Enteignungsvorlage wendet sich offen und ausschließlich gegen das polnische Volk. Der Sieg der Konservativen ist die endgültige Niederlage der preußischen Verfassungsgrundsätze. Die neue Vorlage wird deshalb bei den freisinnigen Parteien auf einen noch größeren Widerstand stoßen, als die ursprüngliche, und die liberalen Blätter heben dies auch ohne Umschweife hervor. Dieser Widerstand aber wird keine praktischen Folgen haben. Die Freisinnigen entscheiden nicht im preußischen Landtage, ihre Unabhängigkeit aber an ihre Grundsätze und Lösungen ist nicht stark genug, als daß sie sich durch deren Verteidigung einem Konflikte mit der Regierung im Reichstage aussetzen sollten. Das Ausnahmegegesetz wird also höchstwahrscheinlich durchkommen.

Für das polnische Volk hat die in der Vorlage des Ausnahmegesetzes vorgenommene Änderung eine gewisse praktische Bedeutung, eine grundsätzliche Bedeutung besitzt sie jedoch nicht. Sie ist nur eine noch kräftigere Markierung der unethischen und barbarischen Instinkte der preußischen Regierung und der in Preußen regierenden Parteien. Das Enteignungsgegesetz

ist in seiner neuen Gestalt ein durch nichts verhüllter Akt einer aus niederen Trieben herrührenden Rechtswidrigkeit, es ist von allen bisherigen Erscheinungen haßerfüllter Gier nach Ausrottung der polnischen Bevölkerung die grellste. Auf unser Urteil und auf unsere Stellung wird die praktische Anwendung des Grundsatzes „Macht geht vor Recht“ keinen Einfluß haben.

Aus Nr. 557 der Nowa Reforma (Kraſau)
vom 14. Dezember 1907:

Eine brennende Frage.

Der Gedanke, die preußischen Junker, welche für die antipolnischen Geseze eintraten, dadurch zu boykottieren, daß wir den Wandertrieb nach Preußen der ihnen so sehr nötigen galizischen Arbeiter verhindern, fand bei unserer Gesellschaft einen mächtigen Widerhall. Dies beweisen die zahlreichen Briefe und Vorschläge, die wir aus den verschiedenen Gesellschaftsklassen erhalten und die sich auf diese Angelegenheit beziehen.

Wir möchten, wie gesagt, diese Wanderlust unseres Volkes, allerdings nicht auf Kosten seiner Erwerbsfreiheit und der Möglichkeit der Verbesserung seiner materiellen Existenz, eindämmen. Es ist auch unser eigener Wunsch, daß die Tausende unseres Volkes im Lande verbleiben, die Erfüllung dieses Wunsches halten wir jedoch nur dann für möglich, wenn unser Land imstande ist, diesen Arbeitern mindestens die gleichen Arbeits- und Erwerbsbedingungen zu bieten, die sie jenseits der Grenze finden. So lange sich nicht bei uns derartige Verhältnisse herausgebildet haben, müssen wir die Auswanderung unseres Volkes als ein notwendiges Übel betrachten. Die Auswanderung unserer Landarbeiter nach Preußen läßt sich auch in dem Falle aufhalten, wenn wir ihnen ein anderes günstiges Erwerbsgebiet im Auslande werden nachweisen können. Nach dieser Richtung hin sind verschiedene Vorschläge gemacht worden. Unter anderem wurde der Gedanke angeregt, diese Arbeiterauswanderung nach Dänemark und Frankreich hinzulenken. Das erstere der beiden Länder kann in dieser Hinsicht nur wenig in Betracht kommen. Erstens kann es mit Rücksicht auf seine territoriale Unbedeutendheit nur wenigen unserer Arbeiter Arbeit und Verdienst gewähren und zweitens hat es schon jetzt immer seine Arbeitskräfte von uns bezogen. Mehr Aussicht hätte die Auswanderung unserer Arbeiter nach Frankreich, woselbst nicht nur in der Industrie, sondern auch in der Landwirtschaft kein geringerer Mangel an Arbeitskräften herrscht, als in Deutschland. Die französischen Industriellen und Landwirte ersetzen bis jetzt den Mangel durch italienische Arbeiter, diese bereiten jedoch infolge ihrer übermäßigen Hitzköpfigkeit, mitunter infolge ihrer geradezu anarchistischen Regungen, den dortigen Behörden viel Sorgen. Es unterliegt daher keinem Zweifel, daß bei guter Organisation, nach Anknüpfung von Beziehungen zu den französischen Landwirten und Industriellen, ein großer Teil unserer Arbeiter, die jetzt nach Preußen wandern, dort lohnende Beschäftigung finden könnte, ohne sich dabei so vielen Demütigungen und so großer Ausbeutung auszusetzen, wie dies in Preußen der Fall ist.

Diesen Gedanken hatte bereits Herr S. K. in dem Organ unserer Volkspartei angeregt, jetzt aber schreibt er uns in dieser Angelegenheit u. a. folgendes:

„Es würde sich empfehlen, diese Agitation im Lande beizugehen, noch vor Weihnachten durchzuführen, denn nach Neujahr, Mitte Januar fangen die Arbeiter schon an zu verreisen. Wir werden in jeder Hin-

sicht davon Nutzen haben. Unser Arbeiter wird eine viel höhere und feinere romanische Kultur kennen lernen, er wird sehen, daß es andere, Klügere, als die Deutschen gibt, die die Polen nicht geringschätzen, er wird besser behandelt werden, denn die Franzosen sind ihrer feinen Behandlung wegen bekannt; wir werden dabei die gelockerten Beziehungen zu Frankreich wieder anknüpfen und den Deutschen zeigen, daß es auch gegen sie ein Mittel gibt, wenn der uns entrißene Boden brach liegen wird.

Meiner Ansicht nach ist nicht zu befürchten, daß die Ruthenen die Lücken ausfüllen würden, die in Preußen infolge des Mangels an polnischen Arbeitern entstehen würden, denn erstens ist die ruthenische Auswanderung wegen der bedeutend größeren Entfernung eine viel schwächere und kostspieligere, zweitens wird der wenig intelligente ruthenische Arbeiter nicht immer erfolgreich den polnischen Arbeiter ersetzen und drittens lehrt die Erfahrung, daß die Ruthenen stets nur dem polnischen Arbeiter auf den von diesem gebahnten Wegen folgen; sie werden also nach einigen Jahren ebenfalls ihre Schritte nach Frankreich wenden. Die Aktion muß nur gehörig organisiert werden und wir werden der deutschen Landwirtschaft einen empfindlichen Schlag versetzen.“

Für die Durchführung einer möglichst baldigen und umfangreichen Aktion nach dieser Richtung tritt auch in einem uns zugegangenen Briefe der Redakteur des *Polski przegląd emigracyjny* (Polnische Auswanderungs-überſicht), J. Skolowicz ein. Er bekämpft gleich zu Anfang die Ansicht des Leiters des Kraſauer Arbeits-Vermittlungsbureaus, daß der Boykottaktion in Preußen gegenüber Mangel an Zeit zu deren Organisation hinderlich im Wege stände.

„Obwohl wir“ — so schreibt Skolowicz — „mit Rücksicht auf die kurze uns vom Frühjahr tremende Zeit wahrscheinlich die Aktion nicht so weit werden bringen können, daß der Boykott schon in dieser Saison gelingt, so können wir doch zum Frühjahr eine bedeutende Verminderung der Saisonauswanderung nach Preußen herbeiführen, indem wir sie zum Teil anderswo hin lenken, im Laufe des Jahres aber werden wir genug Zeit haben, damit in der nächsten Saison, d. i. im Jahre 1909, ein vollständiger Boykott zustande kommt. Zu diesem Zwecke müßte denn auch sofort eine entsprechende Anstalt ins Leben gerufen werden.

Die Arbeits-Vermittlungsbureaus im Lande können nach dieser Richtung hin die Aufgabe nicht lösen. Sie sind bureaukratische Anstalten, die vor allen Dingen dahin streben, den Großgrundbesitzern billige Arbeitsmaschinen zu verschaffen. Anstatt an der Regelung der Auswanderung und an deren Schutze zu arbeiten, verraten die Bureaus vielmehr die Neigung, die Auswanderungsbewegung um jeden Preis aufzuhalten und ihr alle möglichen Hindernisse in den Weg zu legen. Es ist daher kein Wunder, wenn die Anstalt die Erwerbungen vieler täuschte, unter der Landbevölkerung aber das zur Leitung der Erwerbsbewegung nötige Vertrauen und den nötigen Einfluß nicht zu gewinnen vermochte.“

Was die Ruthenen anbelangt, so teilt Skolowicz bis zu einem gewissen Grade die Ansicht des S. K. und weist darauf hin, daß sie kaum 10 v. H. der polnischen Auswanderer nach Preußen ausmachen. Während nämlich die Zahl der dorthin auswandernden ruthenischen Arbeiter etwa 30 000 beträgt, erreicht die Anzahl der polnischen Arbeiter aus Galizien und dem Königreich 300 000. Wir sind mit den Äußerungen und Fingerzeigen hinsichtlich der Ablenkung unserer Arbeiter, insofern sie im Lande selbst keinen Verdienst

finden, nach anderen Arbeitsgebieten vollständig einverstanden und sind ebenfalls dafür, daß nach dieser Richtung hin möglichst bald eine Aktion unternommen werde. Andererseits müssen wir darauf aufmerksam machen, daß dank den für uns ungünstigen Verhältnissen die Durchführung der Aktion heute schwieriger sein wird, als dies vielleicht vor einem Jahre der Fall gewesen wäre. Zur Zeit kehren nämlich Tausende polnischer und ruthenischer Arbeiter aus Amerika in unser Land zurück. Die Zahl derer also, die in diesem Jahre Arbeit und Verdienst verlangen werden, wird bedeutend größer sein als früher, was wiederum auf die Hebung der Auswanderungsbewegung in der nächsten Saison nicht ohne Einfluß bleiben wird. Um dem vorzubeugen, müßte die polnische Fraktion in Wien die Regierung durchaus dazu bewegen, möglichst viele öffentliche Arbeiten in unserem Lande in Angriff nehmen zu lassen. Wir haben doch ein Budget, welches dies vollständig gestattet. Auch nach dieser Richtung hin müßte eine möglichst energische Aktion unternommen werden.

Aus dem preußischen Anteil wird uns gemeldet, daß ein derartiger Boykott der preußischen Junker die beste Waffe gegen die neuen preußischen Gewalttaten sein würde. Es ist heute geradezu eine nationale Notwendigkeit, eine derartige Aktion in möglichst großem Maßstabe zu unternehmen.

Aus Nr. 292 des Czas (Krajan)
vom 19. Dezember 1907:

Die Enquete Sienkiewicz's.

Heinrich Sienkiewicz regte — wie wir bereits mitgeteilt haben — eine internationale Enquete in Sachen, betreffend das preußische Enteignungsgesetz, an. Wir bringen hierunter einen Brief des Sienkiewicz, in welchem die hervorragendsten Persönlichkeiten der zivilisierten Welt zur Meinungsäußerung über die neueste Phase der polnischen Frage eingeladen werden. Der Brief lautet:

Verehrter Herr!

Es ist im 20. Jahrhundert eine geradezu unerhörte, der Zivilisation, dem Rechte, der Gerechtigkeit und allen den menschenfreundlichen Begriffen hohnsprechende Tatsache vorgekommen, welche die Grundlage des Lebens und der Kultur der neuzeitigen Gesellschaften bilden.

Schon längst bestand in Preußisch-Polen die Ansiedlungs-Kommission, welche die Aufgabe hatte, den den Polen gehörenden Grund und Boden aufzukaufen und darauf Deutsche anzusiedeln — für Summen, zu denen auch die Polen beisteuern mußten. Wenn wir hierzu die Martern der Kinder in den deutschen Schulen und die neuerdings eingebrachte Vorlage, betreffend das Verbot der Muttersprache in den Versammlungen, hinzurechnen, so könnte es scheinen, daß das Unrecht und die Hintansetzung der Freiheit angesichts des Rechtes nicht mehr größer sein könnte, doch die Regierung, die dem Grundsatz huldigt „Macht geht vor Recht“, wollte es dabei noch nicht bemenden lassen.

Neuerdings wurde denn auch im preußischen Landtage eine Gesetzesvorlage eingebracht, die den Zweck hat, die unter Preußens Zepher lebenden Polen ihres eigenen heimatlichen und lieb gewonnenen Grundes und Bodens, den sie seit Jahrtausenden bewohnen und auf dem ganze Reihen von Generationen geboren und begraben wurden, zu enteignen.

Der von dem Hohenzollernstaate annektierte Teil der polnischen Nation hat die Revolutions-

fackel nicht angefaßt, er verhält sich ruhig, erfüllt gewissenhaft die ihm durch den Stand der Dinge auferlegten schweren Pflichten, zahlt Steuern und liefert Soldaten, deren Kriegstüchtigkeit wiederholt Bismarck selbst bewunderte. Als dann die ersten Nachrichten von der Enteignung in der europäischen Presse erschienen waren, wurde allgemein eine derartige Absicht als ein roher und sinnloser Ausbruch einiger nicht nur des sittlichen Sinnes, sondern auch des Verstandes beraubter Fanatiker betrachtet. Es schien, als ob ein zivilisierter und das Eigentumsrecht als den Grundstein des sozialen Baues betrachtender Staat sich niemals erdreisten würde, diesen Grundsatz so rücksichtslos mit Füßen zu treten und den einfachsten Begriffen der Gerechtigkeit einen Schlag ins Gesicht zu versetzen. Niemand wollte glauben, daß dies in einer Gesellschaft möglich wäre, die sich als christlich betrachtet und ausgibt. Und doch hat der Reichskanzler v. Bülow die Vorlage, betreffend die zwangsweise Enteignung der Polen, eingebracht und der Landtag verwies nicht den Reichskanzler an die Schule des Rechts und der Moral, sondern die Vorlage an eine Kommission.

Die amtliche Nachricht hiervon verbreitete sich in der ganzen Welt, und zur Ehre der Menschheit muß festgestellt werden, daß sie einen Schrei des Einspruchs und der Entrüstung hervorrief. Die europäische Presse ohne Unterschied der Farben und Parteien und mit ihr die ganze unabhängige Presse Deutschlands hat diese Handlungsweise der preußischen Regierung als ein schmachvolles Attentat auf die elementaren Menschenrechte gebrandmarkt.

Und mit dieser Stimme der allgemeinen Entrüstung und Verachtung muß sogar auch solche Regierung rechnen. Wir Polen aber wünschten, dieser Protest gegen das Barbarentum dauerte möglichst lange und nähme einen möglichst großen Umfang an. Aus diesem Grunde erachten wir die Stimmen der Presse, die sich alle Tage mit anderen Begebenheiten befassen muß, nicht für ausreichend und genügend. Nur die besonders zum Ausdruck gebrachte Meinung der hervorragendsten Vertreter der Wissenschaft, der Kunst und Literatur der ganzen Welt kann dem Proteste Festigkeit und Ansehen verleihen. Sie wird das endgültige Urteil des allgemeinen Gewissens gegen das unerhörte Verbrechen und gleichzeitig das mächtigste Verteidigungswort für einen bedeutenden Teil eines in der Weltgeschichte verdienten Kulturvolkes bilden.

Hier handelt es sich nicht mehr um die Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Hohenzollernschen Königreichs: das ist eine die ganze Menschheit angehende Sache, eine Angelegenheit, in der jeder zivilisierte Mensch, vor allen Dingen solche Männer das Wort zu ergreifen berechtigt sind, die unter ihren Nationen die Stütze der Zivilisation und Kultur sind.

Wir wenden uns deshalb an Sie, verehrter Herr, mit der dringenden Bitte, sich über die Vorlage, betreffend die zwangsweise Enteignung der Polen von ihrem Grund und Boden seitens der preußischen Regierung, äußern zu wollen. Wir wenden uns an Sie nicht deshalb, weil wir auch nicht einen Augenblick daran zweifeln, daß Ihre Ansicht etwa anders sein könnte als die Stimme der Entrüstung und Verdamnung, sondern weil deren öffentliche Kundgabe das größte Unrecht und den größten Schandfleck in der Geschichte des XX. Jahrhunderts brandmarkt, der polnischen Nation Zuversicht einflößt, gleichzeitig aber allen den braven Deutschen eine Hilfe sein wird, die sich nicht vor der ganzen

Welt blamieren wollen und deshalb den verfassungswidrigen und schändlichen Gesetzesentwurf der preussischen Regierung bekämpfen.

Heinrich Sienkiewicz

Aus Nr. 583 des *Slowo Polskie* (Lemberg)

vom 14. Dezember 1907:

An die Polen in der Fremde.

Die „Polnische Emigrations-Ubersicht“ bringt an leitender Stelle ihrer letzten Ausgabe einen dringenden Aufruf an die Polen in der Fremde, daß sie auf das neue Attentat der Preußen gegen die Unterlagen unseres nationalen Daseins mit Veranstaltung von öffentlichen Volksversammlungen — wo dies möglich ist — antworten sollen, in denen den Vertretern anderer Nationalitäten die Politik der preussischen Regierung den Polen gegenüber geschildert werden könnte. Es unterliegt keinem Zweifel, daß derartige Versammlungen eine reale Bedeutung haben würden, sie würden nämlich dazu beitragen, die preussische Regierung in den Augen aller zivilisierter Nationen noch mehr zu diskreditieren.

Wir bringen hier den Schlusssatz dieses Aufrufes, der es verdient, daß ihn alle polnischen Blätter im Auslande dem ganzen Wortlaute nach wiederholen:

„Ihr Landsleute aber, die Ihr fern von der väterlichen Scholle leben müßet, werdet bei der Nachricht von den Kämpfen unserer Nation gegen die freuzitterlichen Rechtswidrigkeiten sicherlich um so mächtiger in Eueren bangen Herzen die große

Liebe zu Polen anzachen, und es wird Euch um so leichter fallen, Eueren, wenn auch in einem fremden Lande geborenen Kindern einzuprägen, daß sie ihre teure Muttersprache und ihre polnischen Seelen in Treue zum Mutterlande erhalten.

Und so oft sich Euer Häufte in Ungeduld ballen werden, gehet hin zu den nächsten Nachbarn und erzählt fremden Nationen von den preussischen Gewalttaten. Wo nur angängig, veranstaltet Volksversammlungen, um denen, unter welchen Ihr lebet, den Amerikanern und Brasilianern, den Engländern und Franzosen, die lange Geschichte des Märtyrertums des polnischen Volkes in dem Lande „der Ordnung und der Gottesfurcht“ in das Gedächtnis zurückzurufen, um sie insbesondere darüber zu befehlen, was Brechen ist, was der Wagen *Drzymalas* bedeutet, wie viel Kindertränen der Schulstreik kostete, wie viel beispielloses Unrecht der polnische Bauer und Arbeiter erduldet, mit welchen Mitteln die Hasatisten die Entwicklung polnischer Kultur und polnischen Geistes unterdrücken wollen, welche neuen Angriffe gegen die Unterlagen unserer nationalen Existenz die Berliner Regierung schmiedet.

Mögen Euer wahrheitsgetreuen Mitteilungen den traurigen Ruhm der neuzeitigen Hymnen und den ihres Attilas noch weiter in die Welt tragen, mögen sie den hochmütigen Marienburger Rittern neue Lorbeeren in die Kränze auf ihren Henkershäuptern einflechten, mögen sie überall den schwarzen preussischen Nar als gleichbedeutend mit der schamlosen Gewalttat und Raubgier darstellen.“

Redigiert von Polizeidirektor Zacher.

Der Polizei-Präsident. von Hellmann.

